

S A T Z U N G

über die Entschädigung für Ratsmitglieder, Ortsratsmitglieder,
nicht dem Rat angehörende Ausschussmitglieder sowie sonstige ehrenamtlich Tätige

vom 25.09.2013

– gültig ab 01.11.2014 –

(Ratsbeschluss 25.09.2013)

Neufassung

Satzung

über die Entschädigung für Ratsmitglieder, Ortsratsmitglieder,
nicht dem Rat angehörende Ausschussmitglieder
sowie sonstige ehrenamtlich Tätige

Der Rat der Stadt Wolfenbüttel hat in seiner Sitzung am 25.09.2013 gemäß §§ 10, 11 in Verbindung mit den §§ 44 Abs. 1 und 3 und § 55 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der derzeit gültigen Fassung nachfolgende Satzung beschlossen:

I.

§ 1

Amts- oder Funktionsbezeichnungen

- (1) Amts- oder Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung entsprechen den gesetzlichen Regelungen.
- (2) Wird ein Amt oder eine Funktion von einer Frau ausgeübt, gilt die jeweilige Amts- oder Funktionsbezeichnung in der weiblichen Sprachform.

§ 2

Ansprüche

- (1) Die Ratsfrauen und Ratsherren sowie die Mitglieder der Ortsräte und die nicht dem Rat angehörenden Ausschußmitglieder haben für ihre Tätigkeit Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstaufhalles.
- (2) Für die Ansprüche gelten die nachfolgenden Bestimmungen:

§ 3

Aufwandsentschädigungen

- (1) Die Aufwandsentschädigung beträgt monatlich für die

1. Ratsfrauen und Ratsherren	320,00 €
2. Ortsratsmitglieder	50,00 €

- (2) Zusätzlich erhalten als monatliche Aufwandsentschädigung

1. der 1. stellv. Bürgermeister	480,00 €
2. der 2. stellv. Bürgermeister	480,00 €

3. der 3. stellv. Bürgermeister	480,00 €
4. die Fraktionsvorsitzenden	480,00 €
5. die/der Ratsvorsitzende/r	480,00 €
6. die Beigeordneten	150,00 €
7. der Ortsbürgermeister	130,00 €
8. der stellv. Ortsbürgermeister	60,00 €

(3) Die Aufwandsentschädigungen nach Absatz 2 Ziffern 1 bis 4 werden nicht nebeneinander gezahlt.

(4) Die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung als Sitzungsgeld je Sitzung in Höhe von 29,00 €

§ 4

Verdienstaufschlag, Pauschalstundensätze

(1) Verdienstaufschlag ist die Einkommensminderung, die infolge der Teilnahme als Mitglied oder Vertreter an Rats-, Ortsrats-, Ausschuss- oder Fraktionssitzungen sowie an sonstigen auf Veranlassung des Rates oder des Verwaltungsausschusses besuchten Veranstaltungen oder Sitzungen eintritt. Das gleiche gilt für die repräsentative Vertretung der Stadt durch die Vertreter des Bürgermeisters nach § 81 Abs. 2 NKomVG.

(2) Auf Antrag werden ersetzt:

1. Unselbständigen Ratsfrauen und Ratsherren der Verdienstaufschlag - ersatzweise Erstattung des Bruttobetragtes einschließlich der Arbeitgeberanteile für die Sozial- und Zusatzversicherung an den Arbeitgeber - bis zum Höchstbetrag von 29,00 € pro Stunde (§ 44 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 55 Absatz 1 Satz 1 NKomVG).
2. Selbständigen Ratsfrauen und Ratsherren eine Verdienstaufschlagpauschale bis zum Höchstbetrag von 29,00 € pro Stunde (§ 44 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 55 Absatz 1 Satz 1 NKomVG).
3. Ein Pauschalstundensatz von 11,00 € wenn die Ratsfrau oder der Ratsherr ausschließlich einen Haushalt führt und keinen Verdienstaufschlag nach Ziffer 1 oder 2 geltend machen kann (§ 55 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 44 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 55 Absatz 1 Satz 1 NKomVG).
4. Ein Pauschalstundensatz von 11,00 € wenn die Ratsfrau oder der Ratsherr keine Ansprüche nach Ziffer 1 oder 2 geltend machen kann, aber im beruflichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann (§ 55 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 44 Absatz 1 Satz 2 NKomVG).

5. Eine Entschädigung von stündlich bis zu 11,00 € wenn für die Betreuung eines Kindes bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres Kosten für Personen entstehen, die nicht der Wohngemeinschaft der Ratsfrau oder des Ratsherrn angehören (zum Beispiel Kindermädchen oder Babysitter); bei der Betreuung von mehreren Kindern wird diese Entschädigung nur einmal gezahlt (§ 44 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 55 Absatz 1 Satz 1 NKomVG).

§ 5

Erstattung von Fahrtkosten für Fahrten innerhalb des Stadtgebietes und Dienstreisen

- (1) Ratsfrauen und Ratsherren erhalten zur Abgeltung der Kosten für Fahrten innerhalb des Stadtgebietes zur Teilnahme an Sitzungen eine pauschale Fahrtkostenerstattung in Höhe von 38,00 € monatlich.
- (2) Auf Antrag erhalten Ortsratsmitglieder und nicht dem Rat angehörende Ausschussmitglieder die tatsächlich entstandenen und nachgewiesenen Fahrtkosten erstattet.
- (3) Die Genehmigung von Dienstreisen (In- und Ausland) erteilt der Verwaltungsausschuss. Dienstreisen der Vertreter des Bürgermeisters nach § 81 Absatz 2 NKomVG, die diese im Rahmen der repräsentativen Vertretung übernehmen, sind nicht genehmigungsbedürftig.

Für Dienstreisen wird eine Reisekostenvergütung nach den für den Bürgermeister geltenden Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes gewährt.

Neben der Reisekostenvergütung kommt die Zahlung von Sitzungsgeldern und Auslagenersatz nicht in Betracht.

§ 6

Kürzung und Wegfall der Aufwandsentschädigung sowie Zahlung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung bei Vertretung

- (1) Nimmt der Ortsbürgermeister länger als einen Monat sein Mandat nicht wahr, erhält der Vertreter für die weitere Zeit der Vertretung eine zusätzliche Entschädigung in Höhe der zusätzlichen Aufwandsentschädigung des Vertretenen. Dessen Aufwandsentschädigung reduziert sich auf die Entschädigung des Vertreters.
- (2) Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn der Empfänger ununterbrochen länger als drei Monate sein Mandat nicht wahrnimmt. Zeiten des Erholungsurlaubes bleiben dabei außer Betracht.
- (3) Die Fahrtkostenpauschale nach § 5 entfällt, wenn das Mandat länger als einen Monat nicht wahrgenommen wird.

- (4) Ansprüche auf Leistungen aufgrund dieser Satzung entfallen für die Zeit des Ruhens des Mandates (§ 53 NKomVG) oder bei Ausschluss von der Mitarbeit im Rat (§ 63 Absatz 3 NKomVG).

§ 7

Zahlung der Leistungen, Steuerpflicht

- (1) Die monatlich pauschalierten Leistungen werden - unabhängig vom Beginn und Ende des Mandates - jeweils für einen ganzen Kalendermonat im voraus gezahlt.
- (2) Alle übrigen Leistungen nach dieser Satzung werden nach Antragstellung gezahlt.
- (3) Die Empfänger von Aufwandsentschädigungen sind verpflichtet, diese zu versteuern.

§ 8

Übertragbarkeit von Ansprüchen

- (1) Alle in dieser Satzung genannten Ansprüche sind nicht übertragbar.

§ 9

Aufwandsentschädigung für Einsatzkräfte und für Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr und sonstige ehrenamtliche Tätigkeit

- (1) Der Stadtbrandmeister erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 320,00 €
- (2) Der Stellvertreter des Stadtbrandmeisters erhält einen Betrag bis zur Hälfte des nach Absatz 1 festgesetzten Betrages.
- (3) Ist der Stadtbrandmeister ununterbrochen länger als drei Monate verhindert, seine Funktion wahrzunehmen, entfällt die Zahlung der Aufwandsentschädigung mit dem Ablauf des dritten auf den Beginn der Nichtwahrnehmung der Funktion folgenden Kalendermonats; Erholungsurlaub bleibt außer Betracht.
- (4) Die Aufwandsentschädigung für die Ortsbrandmeister beträgt monatlich:
- | | |
|--|----------|
| a) für Ortsfeuerwehren mit Grundausstattung | 90,00 € |
| b) für Ortsfeuerwehren als Feuerwehrstützpunkt | 100,00 € |
| c) für Ortsfeuerwehren als Feuerweherschwerpunkt | 135,00 € |
- (5) Stellvertreter der Ortsbrandmeister erhalten die Hälfte der für die Ortsbrandmeister festgesetzten Entschädigung.

(6) Funktionsträger/stellvertretende Funktionsträger, die neben ihrer Funktion eine weitere Stellvertreterfunktion wahrnehmen, erhalten zusätzlich zu den für die erste Funktion festgesetzten Betrag einen Betrag in Höhe der Hälfte des für die weitere Funktion festgesetzten Betrages.

(7) Die Aufwandsentschädigung für die Gerätwarte beträgt 30,00 € zuzüglich 7,00 € für jedes Feuerwehrfahrzeug.

(8) Funktionsträger mit besonderen Aufgaben, insbesondere Atemschutzgerätwarte, Sicherheitsbeauftragte und Jugendfeuerwehrwarte erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 30,00 €.

Der Betrag erhöht sich bei

- | | |
|---|-------|
| a) Ortsfeuerwehren als Feuerwehrstützpunkt um | 50 % |
| b) Ortsfeuerwehren als Feuerweherschwerpunkt um | 70 % |
| c) Tätigkeit auf Gemeindeebene, soweit die Gemeindefeuerwehr in Ortsfeuerwehren untergliedert ist, um | 100 % |

(9) Die Brandmeister vom Dienst erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 14,00 €.

(10)

1. Die Zahlung der Aufwandsentschädigung entfällt, wenn der Empfänger ununterbrochen länger als drei Monate verhindert ist, seine Funktion wahrzunehmen, mit Ablauf des dritten auf den Beginn der Nichtwahrnehmung der Funktion folgenden Kalendermonats; Erholungsurlaub bleibt außer Betracht.
2. Nimmt der Vertreter die Funktion ununterbrochen länger als drei Monate wahr (Erholungsurlaub bleibt außer Betracht), so erhält er für die darüber hinausgehende Zeit drei Viertel der für den Vertreter festgesetzten Aufwandsentschädigung. Eine an den Vertreter zu zahlende Aufwandsentschädigung nach Absätze 2 und 5 ist anzurechnen.

(11)

1. Mit der gewährten Aufwandsentschädigung sind grundsätzlich alle mit der Funktion als Ehrenbeamter bzw. mit der ehrenamtlichen Funktion verbundenen Auslagen sowie des Verdienstaufalles abgegolten; davon unberührt bleibt die Entschädigung nach Nummer 2.
2. Ungeachtet der vorstehenden Regelungen erhalten die Einsatzkräfte der Feuerwehr Ersatz ihres nachgewiesenen Verdienstaufalles im Sinne von § 33 NBrandschG (Niedersächsisches Brandschutzgesetz). § 4 Absatz 2 ist anzuwenden.
3. Die Erstattung des Verdienstaufalles nach Nummer 2 erfolgt bei:

- a) Teilnahme an Einsätzen und Übungen,
- b) Durchführung von genehmigten Dienstreisen nach Orten außerhalb des Gemeindegebietes aus Anlass der Teilnahme an Ausbildungslehrgängen, feuertechnischen Fachtagungen, Besprechungen bei Behörden.

Bei Durchführung von genehmigten Dienstreisen außerhalb des Gemeindegebietes hat der Dienstreisende Anspruch auf Reisekosten nach den einschlägigen Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes.

- (12) Die ehrenamtlich tätigen Verwalter der städtischen Büchereien in den Ortsteilen erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 35,00 €
- (13) Der Stadtheimatspfleger und der Behindertenbeauftragte erhalten jeweils eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 110,00 €
- (14) Bei Dienstreisen nach Orten außerhalb des Stadtbereiches werden Reisekosten nach dem jeweils geltenden Bundesreisekostenrecht gewährt. Dabei wird für Ehrenbeamte die Reisekostenstufe B, im Übrigen die Reisekostenstufe A zugrunde gelegt.

II.

- (1) Die Satzung tritt zum **01.11.2014** in Kraft.

Die bisherige Satzung über die Entschädigung für Ratsmitglieder, Ortsratsmitglieder, nicht dem Rat angehörende Ausschussmitglieder sowie sonstige ehrenamtlich Tätige vom 25.09.2013 (Wirkungsdauer vom 01.11.2013 – 31.10.2014) tritt mit gleichem Datum außer Kraft.

Wolfenbüttel, den 25.09.2013

STADT WOLFENBÜTTEL
Der Bürgermeister

gez. Pink

(Siegel)